Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.

[illegible] vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 3.15. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. [illegible] bis 12 Uhr. In Neustadt: [illegible] nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile ungefähr 8 Silben 15 Pfg., für Anzeigen oder nach Beginnen 30 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an [illegible] Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
6 Wilsdruffer Strasse 6
(neben der Dresdner Bank u. vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Kgl. Sächs. Hof-Photograph
Hanns Hanfstaengl (C. A. Teich)
Pragerstr. 30.

Atelier für feine Corsets nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, Waisenhausstr. 25.

Lederwaaren-Specialität!
Portemonnaies, Cigarrenetuis, Damentaschen, Albums etc.
Grösste Auswahl in allen Preislagen!
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3, nächst dem Altmarkt.

Haupt-Depot Dresden Hôtel St. Berlin.
Krondorfer
Der Krondorfer wird nur in Originalflaschen abgegeben.

Christofle-Ausstattungen. Preiscourant franco u. gratis. Hofl. Robert Hoffmann. Einziges Depot.

Nr. 329. Mittwoch, 25. November.

Spiegel: Herr von Giers in Berlin. Anträge zur Börsenreform. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen. Beglückwünschungs-Deputationen. Milchpreiserhöhung. Gerichtsverhandlungen. Theatre paré, „Albrecht der Beherzte".

Politisches.

Endlich erlebt auch das Ministerium Caprivi einen vergnügten Tag. Väterchen zwar ist stolzen Muthes an Berlin vorübergefahren, selbst der Jammer der Börsenblätter, die eine so hübsche Hausse von seinem Kommen erhofften, konnten ihn nicht an die Ufer der Spree und der duftenden Bänke locken und nur ein gnädiges Dankschreiben gelangte nach Berlin, daß die preußische Regierung mittelst starker Spaliere und Militärcordons über dem theuren Haupte des Czaren wachte und daß sogar ein wackerer Soldat einem Schiffersmann mittelst eines Schusses den Ernst der Melodie beibrachte: „Schiffsmann, lieber Schiffsmann mein, soll es so gefährlich sein?" Statt belagten Väterchens ist nun sein Großvezier, Herr von Giers, nach Berlin gekommen, um dort zwei Tage zu verweilen, zweimal zu frühstücken, ebenso oft Mittagbrot zu essen und seine Abendmahlzeit einzunehmen. Obgleich es nun auch bei anderen Sterblichen ähnlich zuzugehen pflegt, dürften sich doch an die gastronomischen Verrichtungen des Herrn Giers unendlich geistvolle Betrachtungen anknüpfen, die mittelst einer Tintenwelle das ganze Land überfluthen werden, denn eine so schöne Gelegenheit zu Combinationen läßt der Handwerke ungenützt vorübergehen. Und wie herrlich klappt die ganze Geschichte! Zuerst reist Giers nach Italien, wo er mit Herrn v. Rudini traurliche Zwiesprache pflegt. Dann dampft er via Stuttgart nach Paris und konferirt stundenlang mit Excellenz Ribot und anderen Würdenträgern. Ganz zum Schluß fährt er mit dem Blitzzuge nach Berlin, um sich mit unserem Caprivi, vielleicht auch mit unserem Miquel in's Einvernehmen zu setzen. Worüber? Nun, natürlich, um zu erklären, daß die Ruhe kolossal gesichert sei und daß die friedliebende Politik Deutschlands alle Achtung verdiene.

Was nun Giers in Berlin sonst etwa will, das mag dahin gestellt bleiben; wozu sich den Kopf zerbrechen um Dinge, die man in ihrem wahren Zusammenhang gewöhnlich erst nach einigen Jahren erfährt! Giers selbst ist in Rußland keineswegs der maßgebende Faktor. Außer dem Czaren beeinflussen die Richtung der Politik vor Allem die dänische Czarewna und Herr Pobedonoszew, Prokurator des heiligen Synod und fanatischer Gegner aller deutschen Strömungen. Wenn es also selbst, wie aus allgemeiner Menschenliebe gehofft werden muß, Herrn Metzger in Wiesbaden gelungen ist, dem schmerzgeplagten Minister die Gicht aus dem Gesicht zu kneten, so bleiben doch immer noch gelinde Zweifel an dem politischen Erträgniß dieser Kur. Von größerer Bedeutung dürfte der Besuch in Paris gewesen sein. Ob dort irgend welche bindende Vereinbarungen getroffen wurden, kann uns zwar — um ein Wort Bismarck's zu gebrauchen — mit dem Gefühl einer immensen „Wurschtigkeit" erfüllen, da doch in Kriegsfällen der gallische Hahn auf dem Rücken des russischen Bären einherreiten wird, aber das Eine ist gewiß, daß durch diesen Besuch der gegenwärtig am Ruder befindlichen französischen Regierung gegenüber den Angriffen der Radikalen auch ohne Mitwirkung des russischen Nationaltrankes eine höchst willkommene Magenstärkung verliehen wird. Erst kürzlich wurde ein Mißtrauensvotum, das Clemenceau in der Kammer einbrachte, nur abgelehnt, um den russischen Brüdern zu beweisen, in welch starken Fäusten sich die Zügel der Republik befinden.

Wenn man heute von Rußland spricht, kommt Einem unwillkürlich ein Stoßgebet auf die Lippen zum Danke für die patriotische Rücksichtslosigkeit, mit der Fürst Bismarck unser Vaterland von den russischen Werthen säuberte. Ob die Machenschaften des Pariser Hauses Rothschild oder nur innere Gründe den Rückgang der Finanzen des Riesenreiches herbeiführten, kann uns absolut gleichgiltig sein; die Thatsache steht fest, und voraussichtlich werden wir in absehbarer Zeit, nachdem die Pumplust der Franzosen einen argen Stoß erfahren hat, mit schweren Convulsionen des Czarenreiches zu rechnen haben, die bereits mehrfach in Gerüchten von dem Rücktritt des Finanzministers Wischnegradski ihren deutlichen Ausdruck fanden. Das energische Vorgehen aber, welches Bismarck in jener Börsenfrage trotz alles Wehgeschrei's der Finanzblätter einschlug, darf jetzt als Muster empfohlen werden, wo es, wenn auch auf anderen Gebieten, gilt, der Börse energisch zu Leibe zu gehen. Zwar windet sich Herr Miquel bei den neuaufgetauchten Vorschlägen aus dem Schooße des Parlamentes, als wenn er zu enge Lackstiefeln trägt, aber er wird wohl mit gewohnter Klugheit so weit nachgeben, daß der gegen die Börse geführte Schlag möglichst sanft an derselben abgleitet. „Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß", dieses in Berlin vielbeliebte Rezept wird auch jetzt wieder zu Ehren kommen, obwohl unsere ganze Nation von einer tiefgehenden moralischen Entrüstung über das widrige Treiben zahlloser Börsenkreise erfüllt ist. Nun, wir werden sehen — die offiziösen Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg." und der massenhaften sonstigen Organe, die jetzt vom Brotkorbe der Regierung naschen, lassen nur höchst pessimistische Erwartungen zu.

Bei dem großen Spielraum, welchen die Börsenfrage in nächster Zeit einnehmen dürfte, werden die Anträge, welche im Reichstage einerseits durch die Conservativen und das Centrum, andererseits durch die Nationalliberalen eingebracht wurden, noch eingehender Erörterung bedürfen. Es sei daher zunächst nur die Tendenz beider Anträge beleuchtet. Die rechtsstehenden Parteien verlangen in erster Linie gesetzliche Maßregeln gegen den Mißbrauch des Zeitgeschäftes als Spielgeschäft sowohl an der Börse wie anderwärts, namentlich in den für die Volksernährung wichtigen Artikeln. An erster Stelle soll der Strafrichter zum Einschreiten veranlaßt werden. Schon hier tritt ein tiefgreifender Unterschied gegen den nationalliberalen Antrag zu Tage, der in seinem ersten Theile nur besagt: „Reine Differenzgeschäfte sind nichtig und begründen kein Klagerecht." Hiernach soll also nur der Civilrichter in Frage kommen. Für Jeden, der das Börsentreiben kennt, ist der letztgenannte Passus vollständig werthlos. Denn zu Klagen in Differenzgeschäften kommt es so gut wie gar nicht, sie werden nach dem Grundsatz der sogenannten „Börsenehre" geregelt. „Wie verständnißinnig", meint die „V. Z." mit Recht, „werden die Herren Ritter und Blumenfeld über diesen Theil des nationalliberalen Antrags lächeln. Auch sie sind ja dem Strafrichter bisher entgangen, und die nationalliberale Börsenreform sichert ihrer Art des Gewerbebetriebes nunmehr diese Straflosigkeit auch für die Zukunft." Die Konservativen verlangen ferner, daß „die Börsen und der Geschäftsverkehr an denselben einer wirksamen staatlichen Aufsicht unterstellt werden". So allgemein diese Wendung gehalten ist und so vorsichtig sich der Antrag von positiven Vorschlägen fern hält, so wird man im Publikum demselben seine Zustimmung nicht versagen können. Bisher liebte man, Diejenigen, welche „unter die Räuber fielen", als die „Dummen" hinzustellen: jetzt sind — man möchte fast sagen erfreulicherweise — auch einige Klügere auf den Leim gegangen; da ist wohl die gemüthliche Theorie, welche auch jetzt noch die offiziösen Organe anschlagen, nicht mehr am Platze, daß man nur das Publikum hübsch warnen solle. Bei größeren Versammlungen findet man ein Plakat angeschlagen: „Vor Taschendieben wird gewarnt", und doch wird der abgefaßte Taschendieb bestraft. So soll es auch sein, wenn es sich um Machinationen handelt, durch welche viele Millionen redlicher Ersparnisse dem Volke aus der Tasche gezogen werden. Dringend zu wünschen aber ist es, daß die Antragsteller der Regierung nunmehr die Arbeit erleichtern und positive Vorschläge in dieser schwierigen Materie einbringen.

Von den Nationalliberalen werden zwei derartig etwas schärfer präcisirte Vorschläge gemacht. Als Ergänzung zu einem Vorgehen in der vorher berührten Richtung dürften sie willkommen geheißen werden. Danach soll die Unterschlagung von Depots mit Zuchthausstrafe belegt, ferner sollen die gesetzlichen Bestimmungen über den Konkurs verschärft werden. Bravo — aber nur bei den Verhandlungen nicht die Zähne verwahren, sondern lieber noch etwas Paprika hinzuthun; das bekommt den Wolff u. Hirschfeld, den Ritter u. Blumenfeld besser!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. November.

Berlin. Reichstag. Abg. Hitze (Centr.) begründet die von ihm mit anderen Centrumsmitgliedern eingebrachte Interpellation, betreffend gesetzgeberische Maßnahmen zur Hebung des Handwerkerstandes. Die an das Innungsgesetz geknüpften Erwartungen hätten sich nicht erfüllt; auch die Versuche, durch Privilegien die Innungen zu stärken, seien gescheitert, da diese Privilegien nur nach Ermessen der höheren Verwaltungsbehörden gewährt würden. Die Forderung des Befähigungsnachweises sei bisher außerdem unerfüllt geblieben. Die Ergebnisse der Konferenzen der Vertreter des Handwerkerstandes mit dem Reichsamt des Innern seien geheim gehalten worden; dem Handwerkerstande liege aber viel daran, zu erfahren, welche [illegible] Maßnahmen man getroffen werden wollte. Es müsse etwas geschehen. Jedenfalls dürfe das Ziel einer Regelung des Lehrlings- und Gesellenwesens und einer Organisation des Handwerkerstandes nicht außer Augen gelassen werden. — Staatssekretär v. Bötticher: Die verbündeten Regierungen hätten zu den Ergebnissen der Handwerkerkonferenz noch keine Stellung genommen, womit nicht gesagt sein soll, daß die Konferenz unfruchtbar geblieben. Er schätze sogar den Nutzen derselben sehr hoch. Die Handwerker hätten sich dabei überzeugt, daß ihre Wünsche nicht durchweg berücksichtigt werden könnten. Diese Wünsche zerfallen in drei Kategorien: 1. Solche, die im Verwaltungswege, also ohne Eingreifen der Gesetzgebung berücksichtigt werden konnten; 2. Wünsche, die unerfüllbar seien und 3. solche, die sich nur dem Wege der Gesetzgebung verwirklichen ließen. Zur ersten Kategorie gehören die Regelung des Verhältnisses zu den Konsumvereinen, die Gefängnißarbeit und die Regelung des Submissionswesens. Er habe angeregt, daß die Konsumvereine das Handwerk bei Herstellung ihrer Artikel berücksichtigen. Die Frage der Gefängnißarbeit liege auf dem Gebiet der einzelstaatlichen Landesverwaltungen. Ueber die Forderungen nach obligatorischen Innungen und Wiedereinführung des Befähigungsnachweises habe der Bundesrath ja noch nicht Beschluß gefaßt. Der Beschluß wird aber voraussichtlich ablehnend sein. Das Ergebniß eines Rundschreibens an die Einzelregierungen war, daß diese sich für die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises nicht zu erwärmen vermögen. Auch in der Handwerkerkonferenz habe man eingesehen, daß die gegen diese Forderungen sprechenden Bedenken nicht widerlegt seien. Die Einführung des österreichischen Befähigungsnachweises würde von zweifelhaftem Nutzen sein. Was die gesetzgeberisch erfüllbaren Forderungen anlange, so sei über die Regelung des Betriebes der Abzahlungsgeschäfte ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, doch könne er den Termin der Vorlegung desselben noch nicht bestimmen. Ueber die Einschränkung des Hausirhandels und der Auswüchse desselben seien Erhebungen im Gange und dem Abschluß nahe. Der Forderung der Verleihung von Korporationsrechten an Innungsausschüsse werde gesetzgeberisch entsprochen werden können und die Forderungen bezüglich einer weiteren Regelung des Lehrlingswesens unterlägen der Prüfung. Hinsichtlich der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Handwerker würden die Grundzüge für ein Reichsgesetz festgestellt. Die Klagen über den Mangel einer wirksamen Vertretung des Handwerks seien berechtigt und die Regierung sei geneigt, durch Organisation des ganzen Handwerks und zwar durch Einrichtung von Gewerbekammern hier Abhilfe zu schaffen. Er hoffe, daß diese Organisation bei keiner Partei Widerstand finden werde. Das Handwerk sei auch berechtigt, eine solche Organisation zu haben, damit gelange das Handwerk zu einer Vertretung seiner legitimen Interessen. Er hoffe, daß der Handwerkerstand dann auch wie bisher eine feste Stütze für Thron und Vaterland sein werde. — Abg. Dr. Hartmann: Die Interpellation sei denselben Anschauungen entsprungen, welche die Konservativen mit dem Centrum seit Jahren gemeinsam verfolgten. Er danke dem Staatssekretär für dessen Erklärungen. Durch die Erklärung über die obligatorischen Innungen und den Befähigungsnachweis sei seine relative Befriedigung allerdings etwas erschüttert worden. Dagegen sei er freudig berührt durch die letzte Erklärung über die Organisation des Handwerkerstandes. Es handle sich hier um eine Hauptfrage. Was zu Gunsten der Arbeiter durch die Kaiserbotschaft von 1881 in Aussicht gestellt worden, sei im Wesentlichen erfüllt. Jetzt sei es hohe Zeit, auch an den Handwerkerstand zu denken. Allerdings wurde auch bisher an denselben gedacht, aber nur, wenn es sich darum handelte, denselben zu Gunsten der Handwerker zu belasten. Er hoffe, daß die angekündigte Vorlage recht bald erscheine. — Abg. Eberty (freis.) ist erfreut über die Abweichung der Forderung nach Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis und will abwarten, wie die Vorlage über die Handwerkerkammern aussehen wird. Wenn durch dieselbe in die Rechte der Gemeinden eingegriffen werde, stimme seine Partei dagegen, wie sie überhaupt für staatliche Bevorzugung einzelner Berufsklassen nicht zu haben sei. Bedauerlich sei nur, daß die Handwerkerkonferenz nur von Anhängern einer bestimmten Richtung besucht war. Man hätte erwarten sollen, daß die Regierung nicht auf so einseitige Weise ihr Material sammle. — Staatssekretär v. Bötticher: Nicht um Material zu sammeln, sondern um die Wünsche der Handwerker zu sammeln, sei die Konferenz berufen worden. — Abg. Biehl (Centr.) ist mit der Erklärung der Regierung zufrieden. Die Organisation des Handwerks sei von größter Wichtigkeit. Auch die Regelung der Abzahlungsgeschäfte sei bedeutungsvoll. Warum obligatorische Innungen und Befähigungsnachweis bei uns nicht möglich sein sollten, sehe er nicht ein. In Oesterreich sei es ja auch gegangen. — Staatssekretär von Bötticher: Auf der Konferenz habe sich ausweislich des Protokolls Biehl gegen Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis erklärt. — Abg. Biehl: Das beruhe lediglich auf einem Fehler des Protokolls. — Abg. Grillenberger (Soz.): Mit den Innungsbestrebungen würden nur parteipolitische Zwecke verfolgt. Die Regelung des Submissionswesens und die Gefängnißarbeit hätten seine Freunde längst gefordert. Damals waren die anderen Parteien nicht zu haben gewesen. Die Abzahlungsgeschäfte seien die nothwendige Folge unserer ganzen wirthschaftlichen Verhältnisse. Die Bevölkerung sei eben nicht mehr kaufkräftig. Auf den Befähigungsnachweis sollte Biehl nicht so sehr bestehen, denn es sei zweifelhaft, ob er ihn selbst erbringen könnte. Er sei Bildhauer, Vergolder und Maler und über seine Arbeit habe man recht abfällig geurtheilt, wie aus einem vorliegenden Briefe eines Geistlichen, für dessen Kirche Biehl gearbeitet, hervorgehe. Gebe man den Innungen Korporationsrechte, müsse man sie auch den Fachvereinen gewähren. (Zuruf: Man wird sich hüten!) In Oesterreich wurden mit dem Befähigungsnachweis schlechte Erfahrungen gemacht. Schaffe man Handwerkerkammern, so könne man auch Arbeiterkammern verlangen. Uebrigens würden alle Maßnahmen, die man treffe, nur die Folge haben, daß die kleinen Arbeiter in Schaaren der Sozialdemokratie zulaufen. — Abg. Biehl (Centr.) bezeichnet die Mittheilung Grillenbergers über ihn als lügnerische Erfindung, die von einigen entlassenen Arbeitern ausgingen. — Abg. Metzner (Centr.): Die Arbeiterschutzgesetzgebung habe nur den Arbeitern, aber nicht den Handwerkern Nutzen gebracht. Jetzt solle man auch Maßnahmen zu Gunsten der Handwerker treffen. Die Andeutungen, welche der Staatssekretär gemacht, berechtigen nicht zu den Hoffnungen, die er ausgesprochen. Ohne Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis kann dem Handwerk nicht geholfen werden. Die Dinge werden sich so entwickeln, daß nur die Sozialdemokratie davon Nutzen hat. — Abg. Rickert (freis.) wünscht Veröffentlichung der Protokolle der Handwerkerkonferenz. Es stehe mit dem Handwerk gar nicht so schlimm. Das Kapital sei nicht im Stande, das Handwerk zu ruiniren. — Abg. Dr. Buhl (natlib.) warnt vor neuen Einrichtungen, wodurch dem Handwerk neue Lasten auferlegt werden. Begünstigen möge man dagegen alle Bestrebungen, die auf die Selbsthilfe der Handwerker gerichtet sind. — Abg. Bebel: Unter der heutigen Produktionsweise sei den Handwerkern dauernd überhaupt nicht zu helfen; den Handwerkern fehlen bessere Löhne. — Abg. Schrader (freis.) glaubt, daß nach den Erklärungen der Regierung das Ende der zünftlerischen Bewegung gekommen sei. So schlimm, wie Bebel es schildere, stehe es mit dem Handwerk nicht. — Dr. Hartmann (kons.) acceptirt, was die Regierung bietet, behält sich aber vor, die weiteren Forderungen zu Gunsten der Innung später geltend zu machen. Damit ist die Besprechung der Interpellation beendet. — Morgen: Krankenkassennovelle.

Berlin. Der Kaiser empfing Vormittags den russischen Minister des Auswärtigen, Herrn v. Giers. Die Audienz währte 20 Minuten. Mittags folgte Giers einer Audienz des Reichskanzlers. Die Ergebnisse der vom Reichskanzler angeordneten Erhebung über die diesjährige Ernte in Deutschland liegen für Roggen und Weizen vor. Darnach betrug die Roggenernte 6,29 Mill. Tonnen gegen 5,86 Mill. im Vorjahre, die Weizenernte 2,31 Mill. Tonnen gegen 2,82 Mill. im Vorjahre. Auf Sachsen allein entfallen Roggen 327,702 Tonnen (gegen 281,329 im Vorjahre), Weizen 101,710 T. (gegen 109,140 im Vorjahre).

Mailand. Der russische Anarchist Fürst Krapotkin wurde hierselbst verhaftet.

London. Nach einer Pariser Times-Depesche hat die Berliner Reise v. Giers den Zweck, die verletzten Gefühle des deutschen Kaisers zu beschwichtigen und eine öffentliche Kundgebung besserer Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland, die im Frühjahr erfolgen sollen, anzubahnen. Einem Vertrauten soll Giers gesagt haben, er habe eigentlich keine politische Aufgabe gehabt. Nach Paris sei er eine Marschroute gekommen. Dort habe er viel mehr nüchterne Anschauungen über die französisch-russische Verständigung vorgefunden, als er erwartet hätte.

Petersburg. Aus Odessa wird gemeldet: Bei der Entgleisung eines Eisenbahnzuges auf der Brücke über den Fluß Optuba stürzten die vier letzten Waggons des Zuges in den eisbedeckten Fluß, wobei zwanzig Passagiere und drei Bahnbeamte getödtet und zehn Personen schwer verletzt wurden. Die verunglückten Waggons waren solche dritter Klasse.

Konstantinopel. Die Nachricht, der Großvezier hätte dem Sultan einen auf die Erweiterung der Privilegien Kretas basirenden Verwaltungs-Entwurf unterbreitet, ist unbegründet.

Die **Berliner Börse** nahm einen schleppenden Verlauf. Die Kurse wichen langsam zurück. Banken niedriger, bröckelten später bei sehr stillem Geschäft weiter ab. Oesterreichische Bahnen meist niedriger, deutsche Bahnen lustlos. Bergwerke ziemlich fest, aber ruhig. Fremde Renten still. Russen durchweg abgeschwächt. In zweiter Stunde trat eine kleine Erholung ein, doch ermattete die Tendenz dann wieder auf mattere Pariser Kurse. Der Kassaverkehr zeigte schwächere Haltung. Auch deutsche Fonds schwächer. Deutsche und österreichische Prioritäten still. Privatdiskont 3 Proz. Nachbörse matter. — Wetter: Kalt, bedeckt. West-Nord-Westwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 235,25, Staatsb. 239,00, Lomb. 69,00, Galizier —,—, Egypter —,—, 4proz. Ung. Goldr. 88,75, Diskonto 164,80, Dresdn. Bk. 126,50, Laura —,—, Gelsenkirchen —. Ruhig.

Wien. (Abends.) Credit 266,80, Staatsbahn 286,00, Lombarden 77,50, Nordwest —,—, Marknoten 58,00, Ung. Credit [illegible], Still.

Paris. (Schluß.) Rente 95,17, Anleihe 104,25, Italiener 87,40, Staatsbahn 602,50, Lombarden 183,75, do. Prioritäten —, Spanier 64[illegible], Egypter 472,50, Ottomanen 523,00, Türkenloose [illegible], Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Novbr. 27,30, per März-Juni 28,90, ruhig. Spiritus per November 41,00, per Mai-August 43,00, still. Rüböl per November 69,25, per März-Juni 71,00, steigend.

Amsterdam. Produkten (Schluß.) Weizen per November —, per März 276. Roggen per März 259, per Mai —.

Pfund's sterilisirte (Schutzmarke) Kindermilch. Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41 42.